

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht - Handelsbilanz - Goldvorräte - Ölpreise - Schweden

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1983) : Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht - Handelsbilanz - Goldvorräte - Ölpreise - Schweden, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 2, pp. 61-62

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135764>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jahreswirtschaftsbericht

Szenarium der Hoffnung

In ihrem Ende Januar vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht geht die Bundesregierung für das Jahr 1983 von einer Stagnation des realen Bruttosozialprodukts aus; ihre Zielprojektion bewegt sich damit in einem ähnlichen Rahmen wie die Prognosen etwa der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Es wäre aber verfehlt, aus der Annahme eines „Nullwachstums“ einen anhaltenden Konjunkturpessimismus herauszulesen. Denn bei dem am Jahresbeginn vorhandenen negativen „Überhang“ bedeutet Stagnation im Jahresdurchschnitt eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts im Jahresverlauf um 2 bis 3 %. Die Bundesregierung erwartet somit – wie auch andere Prognostiker – für das Jahr 1983 eine konjunkturelle Wende, darüber hinaus sieht sie den Beginn einer anhaltenden Erholung.

Auf dem Wege zur nachhaltigen Besserung der wirtschaftlichen Lage ist die konjunkturelle Wende jedoch erst ein erster Schritt. Zur Überwindung der konstitutionellen Wachstumsschwäche bedarf es von seiten des Staates vor allem eines mittelfristig orientierten Konzepts zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen und zur Wiedergewinnung des Vertrauens in die Wirtschaftspolitik. Dabei kommt der Jahreswirtschaftsbericht – trotz erster Erfolge bei der Drosselung der strukturellen Defizite in den öffentlichen Haushalten und der Mietflexibilisierung – aber über Ansätze nicht hinaus. Zwar enthält er ein ganzes Kaleidoskop von Absichtserklärungen. Sie sind aber oft zu vage, um bereits von einem klar umrissenen, in sich widerspruchsfreien Konzept zu sprechen. Zum Teil mag dies auf wahltaktischen Rücksichten beruhen. Das Hin und Her der letzten Wochen und Monate zeigt aber auch, daß das „Wie“ in der Regierung wohl ebenfalls noch umstritten ist. ew

Handelsbilanz

Rekordüberschuß 1982

Die jüngst erschienenen Außenhandelsdaten für die Bundesrepublik weisen für das Jahr 1982 in der Handelsbilanz einen Rekordüberschuß in Höhe von 51,2 Mrd. DM und in der Leistungsbilanz erstmals seit vier Jahren wieder ein Plus in Höhe von 7,5 Mrd. DM

aus. Dabei wird insbesondere auf einen deutlichen Anstieg der Exporte hingewiesen. Dies scheint – zumindest auf den ersten Blick – in einem gewissen Widerspruch zu den seit Monaten zu hörenden Klagen über die sinkende Auslandsnachfrage, die erheblichen Anteil an dem erneuten Konjunkturrückschlag hat, zu stehen.

Wie so oft bei der Betrachtung von Wirtschaftsdaten spiegeln auch hier die Jahres(durchschnitts)zahlen nur unzureichend die „laufende Entwicklung“ des vergangenen Jahres wider. Schuld an solchen „Verzerrungen“ sind die sogenannten Überhänge. So war die Ausfuhr bis zum Frühjahr 1982 auch real noch kräftig gestiegen und lag im ersten Quartal saisonbereinigt um 5 % über dem Jahresdurchschnitt von 1981. Obwohl sie anschließend bis zum vierten Quartal saisonbereinigt um mehr als 6 % zurückging, war sie deshalb im Jahresdurchschnitt von 1982 noch um gut 2 % höher als 1981, nominal sogar um fast 8 %.

Zudem hängt der Handelsbilanzsaldo natürlich nicht nur von der Ausfuhrentwicklung ab. Die rezessive Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik dämpfte die Einfuhren von Waren und Diensten merklich. Die reale Zunahme der Wareneinfuhr war im Jahresdurchschnitt 1982 geringer als die der Warenausfuhr; da zugleich die Ausfuhrpreise deutlich stärker stiegen als die Einfuhrpreise, hat sich der Handelsbilanzüberschuß gegenüber 1981 fast verdoppelt. Zur Aktivierung der Leistungsbilanz trug überdies bei, daß sich das Defizit in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz (einschließlich Ergänzungen zum Warenverkehr) 1982 sogar etwas verminderte. jh

Goldvorräte

A la Münchhausen

Die Rezession vertieft die Finanzprobleme der öffentlichen Hand. Die Bundesbank sollte zur Finanzierung beitragen und – so wurde kürzlich empfohlen – ihre Goldvorräte sukzessive aufwerten. Sie könnte dann einen beträchtlichen Buchgewinn an den Finanzminister abführen, weil der Goldschatz der Bundesbank bislang nur zu einem Bruchteil des aktuellen Kurses in der Bilanz steht.

Im Grunde läuft dieser Vorschlag darauf hinaus, reale Probleme allein mit der Buchhalterfeder aus der Welt zu

schaffen. Bedenklich ist dabei, daß spätestens dann, wenn der Finanzminister über den Gewinn verfügt, zusätzliches Zentralbankgeld in den Umlauf kommt. Allein schon die Ankündigung einer derartigen Strategie würde die Inflationsfurcht wecken, was zu einer beträchtlichen D-Mark-Abwertung und zu steigenden Zinsen führen müßte.

Die Bundesbank müßte folglich den Liquiditätseffekt kompensieren und weniger Kredite an die Privaten vergeben oder ihnen Schuldpapiere verkaufen. Dies würde den Impuls der Gewinnabführung neutralisieren, sie bliebe für die Gesamtwirtschaft ohne Wirkung. Man fühlt sich also an Münchhausen erinnert, der sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf gezogen haben will. Real wäre erst dann etwas gewonnen, wenn die Bundesbank die in der Vergangenheit entstandenen Gewinne realisierte und das ohnehin nutzlose Gold verkaufte. Dann entstünden reale Einnahmen; die Staatskasse würde aus den Taschen der Goldkäufer mitfinanziert. Die Geldmenge bliebe unberührt, sie wechselte nur von einer Hand in die andere. gm

Ölpreise

Dritter Schock?

Noch haben die ölimportierenden Länder sich nicht von den ersten beiden Ölpreisschocks erholt, da naht schon, will man pessimistischen Stimmen glauben, der dritte. Diesmal allerdings droht keine Preisanhebung, sondern eine Preissenkung. Verfolgt man die Warnungen vor den „katastrophalen Wirkungen“ eines Ölpreisverfalls für die Weltwirtschaft, so entsteht fast der Eindruck, daß die ölexportierenden Länder mit dem Preis von 34 Dollar den für Produzenten und Verbraucher idealen Ölpreis gefunden hatten.

Richtig ist zwar, daß hochverschuldete Ölproduzenten wie Mexiko und Nigeria mit sinkenden Öleinnahmen weiter unter Druck geraten. Für das internationale Bankensystem handelt es sich bei diesem Problem allerdings nur um die eine Seite der Medaille. Auf der anderen steht die Entlastung der ölimportierenden Industrie- und Entwicklungsländer durch niedrigere Ölrechnungen, und damit bessern sich auch die Aussichten für eine Erholung der Weltkonjunktur.

Ob es zu einem regelrechten Preiseinbruch auf dem Ölmarkt kommt, ist weiterhin offen. Die arabischen Golfstaaten und vor allem Saudi-Arabien haben auch heute noch die finanziellen Möglichkeiten, zusätzliche Förderkürzungen für einige Zeit durchzuhalten und so einem allzu starken Preisrückgang gegenzusteuern.

Auf der anderen Seite hat sich die Wahrscheinlichkeit weiterer „ungeordneter“ Preissenkungen nach den offenen zutage getretenen politischen Differenzen innerhalb der OPEC erhöht. Daraus schon das endgültige Ende des Kartells und eine dauerhafte erhebliche Senkung der Ölpreise abzuleiten, erscheint jedoch verfrüht. Spätestens bei einer Erholung der Weltkonjunktur dürfte sich das gemeinsame Interesse an hohen Öleinkünften wieder als das entscheidende Bindeglied der Organisation erweisen. ma

Schweden

Kein wirtschaftspolitisches Modell

Die desolante wirtschaftliche Lage, in der sich die westlichen Industrieländer seit nunmehr drei Jahren befinden, hat das Vertrauen in die verschiedenen wirtschaftspolitischen Konzepte beeinträchtigt. Auf um so mehr Resonanz stößt die Wirtschaftspolitik in Schweden, die die Regierung als dritten Weg bezeichnet. Vor der Gefahr eines erneuten Abgleitens in die Rezession und eines kräftigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit soll hier der Export schützen. Unter den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Bedingungen ist eine deutliche Ausfuhrsteigerung aber nur über eine Vergrößerung von Marktanteilen, d. h. nur durch eine kräftige Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition zu erreichen. Diesem Ziel diente die offensive Abwertung der Schwedenkrone im vergangenen Oktober. Die binnenwirtschaftliche Absicherung des so gewonnenen Wettbewerbsvorsprungs soll über Lohnzurückhaltung erfolgen.

In Schweden wird also eine Besserung zu Lasten anderer Länder angestrebt. In der gegenwärtigen labilen wirtschaftlichen Lage hätte die kräftige Abwertung jedoch leicht zum Startschuß für einen Abwertungswettlauf werden können, der letztlich keinem Land und schon gar nicht der Weltwirtschaft insgesamt geholfen hätte. Die anderen Länder nahmen den schwedischen Sündenfall vermutlich nur deshalb ohne Gegenmaßnahmen hin, weil Schweden wirtschaftlich ein kleines Land ist. Prinzipiell weist die schwedische Wirtschaftspolitik also keinen Weg, der für viele gangbar ist. Ihr Kernelement allerdings ist das gleiche, das auch in anderen Ländern eine Schlüsselrolle spielt: Lohnmäßigung als Voraussetzung für eine Überwindung der Wachstumsschwäche und damit für eine Tendenzänderung am Arbeitsmarkt. Allerdings stellt sich der allgemein angestrebte Beschäftigungseffekt über eine Belebung der Investitionsneigung nicht so rasch ein wie im Einzelfall bei einer Förderung der Ausfuhr. wt